

2. Ausgabe - 17. Februar 2009

Warnstreik der Lehrer in Leipzig

Die Gewerkschaften fordern für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes der Länder 8 Prozent mehr Lohn. In den ersten beiden Verhandlungsrunden gab es kein Arbeitgeber-Angebot.

West-Angleichung (20 Jahre nach dem Beitritt!) eine Forderung der GEW.

An der Kundgebung vorm Volkshaus in Leipzig beteiligten sich über 3.000 Kolleginnen und Kollegen aus dem

halten, so viele kamen zu der Streikveranstaltung. Eine Kollegin wurde in der LVZ vom 4. Februar mit den Worten zitiert: "Seit vielen Jahren müssen wir in Teilzeit arbeiten, bekommen weniger Geld als Kollegen. Dabei brauchen wir uns mit unseren Leistungen nicht zu verstecken."

Aus diesen Worten spricht eine gefühlte Ungerechtigkeit, zum einen gegenüber den Westlöhnen und zum anderen gegenüber den Teilzeitbeschäftigten.

Der GEW-Bundesvorsitzende, Ulrich Thöne, sagte, "Eine Lohnerhöhung in unsere Tasche ist das richtige Konjunkturprogramm." Auch erwarten die Pädagogen eine größere Anerkennung.

Die Teilnahme am Streik und an der Kundgebung haben gezeigt, dass Wut und Frust bereits ein hohes Maß erreicht haben. „Wenn die Verhandlungen am 14./15. Februar 2009 nicht vorangehen, dann streiken wir wieder – und länger!“, war zu hören.



Am 3. Februar 2009 haben die Lehrerinnen und Lehrer in Leipzig, Dresden und Chemnitz gestreikt. Rund 100 von 131 Schulen der Stadt Leipzig beteiligten sich: alle Mittelschulen, Gymnasien und Berufsschulen sowie die meisten der Grund- und Förderschulen. Auf den Transparenten waren Losungen wie: "Pisa hui - Löhne pfui", "Bildung ist uns Mehr-Wert", "Wer an Bildung spart, investiert in Arbeitslosigkeit" zu lesen.

Sachsen wurde beim jüngsten innerdeutschen PISA-Vergleich Spitzenreiter, und das mit den am schlechtesten bezahlten Lehrern Deutschlands. Die Lehrer in Sachsen erhalten 92 Prozent der entsprechenden West-Gehälter, dazu kommen Abzüge wegen Teilzeitregelungen. Deshalb ist auch die Ost-

Öffentlichen Dienst. Auch in Dresden und Chemnitz fanden entsprechende Veranstaltungen mit 2.000 bzw. 1.000 Teilnehmern. Die Veranstalter hatten ihre liebe Not, die Fahrbahn vor dem Volkshaus freizu-

Cornelia Falken



Aus dem Wahlkampfkalender

- 21. Februar, 9:00 – 17:00 Uhr**
LVB-Saal: Beschluss Kommunalwahlprogramm
- 23. Februar, 9:00 Uhr**
LHL: Sitzung des Wahlstabes – Beschluss zu Wahlmaterialien, Vorbereitung Beschluss im SV am 24. Februar
- 24. Februar, 19:00 Uhr**
LHL: Beschluss der Wahlkampfmaterialien im SV (inkl. Zentrale Botschaften)
- 28. Februar, 9:00 Uhr**
Essen: Bundesparteitag
- 1. März, 9:00 Uhr**
Essen: Aufstellung Europaliste
- 2. März, 18:00 Uhr**
Anker: Bürgerforum mit Heiko Rosenthal zu Fluglärm/militärische Nutzung Flughafen Halle/Leipzig
- 6./7. März, 9:00 Uhr**
Neues Rathaus: Konferenz 60 Jahre Grundgesetz
- 7. März 10:00 Uhr**
LHL: Treffen zur Aktivierung der GenossInnen im LHL und Ausgabe Nellen.
- 7. März 9:00 Uhr**
Stadtweit: Aktionen zum Frauentag
- 9. März, 9:00 Uhr**
LHL: Sitzung des Wahlstabes
- 12. März, 20:15 Uhr**
Lehmanns Buchhandlung: Podiumsgespräch und Buchlesung mit Bisky, Harnisch und Lindner
- 13. März, 9:00 Uhr**
Beginn mit Aufkleben der Plakate
- 23. März, 9:00 Uhr**
LHL: Sitzung des Wahlstabes
- 28. März, 10:00 Uhr**
LHL: Treffen zur Aktivierung der GenossInnen im LHL
- 29. März, 9:30 Uhr**
Centraltheater (ehem. Schauspielhaus): Gesamtmitgliederversammlung
- 4. April, 11:00 Uhr**
Handelsbörse: Bildungskonferenz
- 6. April, 9:00 Uhr**
LHL: Sitzung des Wahlstabes: Beratung zum Internetauftritt zur Wahl
- 14. April, 9:00 Uhr**
LHL: Sitzung des Wahlstabes
- 16. April, 18:00 Uhr**
Bürgerforum mit Heiko Rosenthal zu Sportstadt Leipzig
- 17. April, 9:00 Uhr**
Beginn Plakatierung
- 17. April, 9:00 Uhr**
Online-Schaltung der Internetpräsenz zur Wahl
- 18. April, 10:00 Uhr**
Neues Rathaus: 3. Armutskonferenz
- 20. April, 9:00 Uhr**
LHL: Sitzung des Wahlstabes
- 20. April, 18:00 Uhr**
Alt-West: Bürgerforum m. H. Rosenthal
- 23. April, 18:00 Uhr**
Südost: Bürgerforum m. H. Rosenthal
- 24. April, 18:00 Uhr**
Handelsbörse: Wahlauftritt mit Sahra Wagenknecht
- 25. April, 9:00 Uhr**
Dresden: Landesparteitag
- 25. April, 18:00 Uhr**
Nachtfostand zur Museumsnacht
- 27. April, 9:00 Uhr**
LHL: Sitzung des Wahlstabes
- 29. April, 18:00 Uhr**
Ost: Bürgerforum m. H. Rosenthal
- 1. Mai, 9:00 Uhr**
Gewerkschaftsfeiern
- 1. Mai, 14:00 Uhr**
LHL: Hoffest im Liebknecht-Haus
- 4. Mai, 9:00 Uhr**
LHL: Sitzung des Wahlstabes
- 4. Mai, 18:00 Uhr**
Nordost : Bürgerforum m. H. Rosenthal
- 8. Mai, 10:00 Uhr**
Kranzniederlegungen
- 8. Mai**
Feierlichkeiten zum Tag der Befreiung der AG Antifa
- 10. Mai, 9:00 Uhr**
Fockeberg: Seifenkistenrennen
- 11. Mai, 9:00 Uhr**
LHL: Sitzung des Wahlstabes
- 11. Mai, 18:00 Uhr**
Bürgerforum mit Heiko Rosenthal zu Rechtsextremismus
- 15. Mai, 18:00 Uhr**
KOMM-Haus: Bürgerforum m. H. Rosenthal

- 18. Mai, 9:00 Uhr**
LHL: Sitzung des Wahlstabes
- 18. Mai, 18:00 Uhr**
Nordwest: Bürgerforum m. H. Rosenthal
- 23. Mai, 18:00 Uhr**
Zentrum: Nachtfostand
- 25. Mai, 9:00 Uhr**
LHL: Sitzung des Wahlstabes
- 25. Mai, 18:00 Uhr**
Mitte: Bürgerforum m. H. Rosenthal
- 27. Mai, 18:00 Uhr**
Nord: Bürgerforum m. H. Rosenthal
- 30. Mai, 10:00 Uhr**
LHL: Treffen zur Aktivierung der GenossInnen im LHL
- 2. Juni, 9:00 Uhr**
LHL: Sitzung des Wahlstabes: Festlegung der Aktivitäten der letzten Woche
- 1. – 5. Juni, 9:00 Uhr**
Zentrum: zentraler Informationsstand
- 2. Juni, 18:00 Uhr**
Südwest: Bürgerforum m. H. Rosenthal
- 7. Juni, 8:00 Uhr**
Kommunal- und Europawahl
- 8. Juni, 9:00 Uhr**
LHL: Sitzung des Wahlstabes: erste Auswertung Wahlergebnisse
- 9. Juni, 19:00 Uhr**
LHL: Stadtvorstandssitzung: Auswertung Wahlergebnisse



Diese Broschüre der Landtagsfraktion ist ab sofort in der Geschäftsstelle im Liebknecht-Haus erhältlich.

„60 Jahre Grundgesetz – offen für eine neue soziale Idee“ 6. und 7. März Leipzig

DIE LINKE ist die jüngste Partei Deutschlands und zugleich eine Partei mit einer langen und großen Geschichte. Sie steht in der Tradition der Arbeiterbewegung und ihres Kampfes für die demokratische und soziale Emanzipation der Arbeiterklasse der letzten hundertfünfzig Jahre. Sie steht in der Tradition von Gewerkschaften, anderen emanzipatorischen Bewegungen und politischen Parteien der vergangenen anderthalb Jahrhunderte, deren Kernanliegen die Durchsetzung und Behauptung der gleichen sozialen und demokratischen Rechte aller in einer demokratischen Gesellschaft war und ist. Die im frühen Kapitalismus völlig rechtlosen Arbeitnehmer/innen zu gleichberechtigten Mitgliedern der Gesellschaft zu machen ist, bei allen Unterschieden, der gemeinsame Bezugspunkt von Kommunisten/innen, Sozialisten/innen, emanzipatorischen Liberalen und Gewerkschafter/innen. Das Jahr 2009 ist ein Jahr mit vielen Gedenktagen. Vor 90 Jahren trat die erste republikanische Verfassung in Deutschland in Kraft. Vor 70 Jahren überfiel Nazi-Deutschland Polen. Vor 60 Jahren am 23. Mai wurde das Grundgesetz verkündet, vor 60 Jahren im September konstituierte sich der erste Deutsche Bundestag und der Bundesrat, wurde der erste Bundeskanzler und der erste Bundespräsident gewählt. Und vor 60 Jahren gründete sich die Deutsche Demokratische Republik. Vor 20 Jahren begann der Anfang vom Ende der DDR. Vor 20 Jahren benannte sich die SED in SED-PDS und schließlich PDS um, damit machte sich eine unserer Quellparteien auf den Weg von der Staatspartei zur emanzipatorischen linken Partei. Welche Fortschritte wurden erreicht für die demokratischen und sozialen Rechte der großen Mehrheit der Bevölkerung, für die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse – das ist die Grundfrage, die wir an die Weimarer Verfassung, an die 40jährige Herrschaft einer aus der Arbeiterbewegung hervorgegangenen Staatspartei in der DDR und genauso an das Grundgesetz und die Verhältnisse in der Bundesrepublik richten.

Unsere Referenten/innen werden der Frage nachgehen ob es eine Tradition/Linie linker Politik von der Weimarer Reichsverfassung über das Grundgesetz bis hin zu den Entwürfen für eine neue Verfassung nach 1990 gibt und worin diese ggf. besteht. Daraus schlussfolgernd soll die Konferenz einen Beitrag zur Beantwortung der Frage leisten, was die heutigen Anforderungen an LINKE sind, wenn sie sich mit dem Grundgesetz beschäftigen. Geht es lediglich um Verteidigung des bestehenden Zustandes oder geht es auch um Weiterentwicklung und neue Ideen? DIE LINKE will sich mit dieser Konferenz dem Grundgesetz und seinen Möglichkeiten für eine neue soziale Idee weiter öffnen. Dies im kritischen Diskurs mit Intellektuellen und Zeitzeugen. Gleichzeitig wollen wir einen Beitrag leisten, herauszuarbeiten was der Kern der Arbeiterbewegung im Kampf um soziale und demokratische Emanzipation ist. Wir freuen uns auf spannende Beiträge, interessante Diskussionen und hoffentlich großen Erkenntnisgewinn. Sie/Du sind herzlich eingeladen, der Konferenz beizuwohnen.

Ablauf

Freitag, 6. März 2009, 18:00 Uhr

* Luciano Canforra:

Am Beginn des 21. Jahrhunderts – Die Wurzeln der Linken oder Was bleibt vom Sozialismus des 20. Jahrhunderts?

* Robert Misik:

Die Linke und die Freiheit – kritische Bestandsaufnahme

Samstag, 7. März 2009

* 10:00 Uhr

Eröffnung: Halina Wawzyniak, stellv. Parteivorsitzende

* 10:30 Uhr

Das Grundgesetz wird 60 Jahre alt – trotz Veränderungen nutzbar für eine andere Gesellschaft?

Wolfgang Neskovic: Das Grundgesetz

und das Sozialstaatsgebot

Marcus Hawel: Die Demokratiekonzeption des Grundgesetzes

Diskussion

* 12:30 Uhr

Mittagspause

* 14:00 Uhr

1989 – Herausforderung, Niederlage

oder hoffnungsloser Fall – welche Erfahrungen und Vorschläge sind heute

noch aktuell

Diskussion mit:

Dieter Seegert, Dieter Klein, Marion

Seelig (angefragt), Jochen Tschieche

(angefragt), Joachim Perels

* 16:30 Uhr

Schlusswort: Dr. Andrè Hahn (Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion im

Landtag Sachsen)

Anmeldung an die Bundesgeschäftsstelle bei Silke Bartsch

silke.bartsch@die-linke.de

Silke Bartsch

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle

Kleine Alexanderstraße 88

10178 Berlin

Tel.: 030 / 24009-320

Stadtbezirksverband gegründet

Nach einer intensiven Diskussion in den Basisorganisationen und Ortsverbänden hat sich am 23. Januar 2009 innerhalb des Stadtverbandes DIE LINKE Leipzig der nunmehr vierte Stadtbezirksverband gegründet. Dieser umfasst das Gebiet des Stadtbezirkes Leipzig-Nord. Zur Vorsitzenden wurde die Genossin Edeltraud Bacher gewählt.

Fragebogen

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, wir bitten Euch, den diesem Mitteilungsblatt beigelegten Fragebogen auszufüllen und, über Eure Vorsitzenden bzw. Kassiere, an die Geschäftsstelle im Liebknecht-Haus zurückzugeben. Damit ist für uns eine bessere Planung für die bevorstehenden Wahlkämpfe möglich.

Wahlstab

Ministerpräsident Tillich auf sozialpolitischen Abwegen - Ideen zu Rente und Pflegeversicherung zeugen von Unkenntnis und Ignoranz

Zum Beitrag „Ost-Rentner nicht zu Verlierern machen“ in der heutigen Ausgabe der Leipziger Volkszeitung erklärt der sozialpolitische Sprecher der Linksfraktion, Dr. Dietmar Pellmann:

Es fällt auf, dass sich Sachsens Ministerpräsident in den letzten Wochen verstärkt im Zusammenhang mit bundesweit geführten Debatten zitieren lässt. Wohl auch, um von so mancher Fehlentwicklung in Sachsen abzulenken.

Allein der Blick auf die Überschrift des genannten Beitrags in der Leipziger Volkszeitung, könnte auch unsere Zustimmung finden. Die folgenden konkreten Aussagen haben es allerdings in sich. Hier begibt sich der sächsische Ministerpräsident auf sozialpolitische Abwege und verrät die Interessen der sächsischen Rentnerinnen und Rentner von heute und morgen.

Indem Tillich sich erneut gegen die lange überfällige Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an den aktuellen Rentenwert West ausspricht, leistet er einen Beitrag zur Verfestigung und zum Anwachsen von Altersarmut und bedient die Vorstellung der Bundeskanzlerin, nach der eine solche Angleichung erst in 50 bis 60 Jahren vollzogen werde. Als offensichtlich in rentenpolitischen Fragen wenig Sachkundiger verwendet der Ministerpräsident das bereits mehrfach widerlegte Argument, eine rasche Rentangleichung würde zur Absenkung der Ostrenten führen, weil dann automatisch der in den neuen Bundesländern geltende Hochwertungsfaktor wegfiel. Würde sich Stanislaw Tillich ernsthaft mit den Vorschlägen von Gewerkschaften, Sozialverbänden und auch der LINKEN befassen, dann wüsste er, dass es

so lange dieses Hochwertungsbedarfs bedarf, so lange es die von der herrschenden Politik sanktionierte, ja gewollte Einkommensbenachteiligung der Menschen im Osten gibt. Die Rentangleichung wäre also sehr wohl, wie es die Linksfraktion fordert, bis 2012 möglich. Dazu fehlt es aber auch bei Herrn Tillich am politischen Willen.

Im zweiten Teil seiner in der Presse zitierten Aussagen entwickelt der sächsische Ministerpräsident völlig abstruse Vorstellungen bezüglich der Perspektive der Pflegeversicherung und fordert den Übergang zu einer Kapital gedeckten Pflegeversicherung. Angesichts der weltweiten Finanzkrise mit dem reihenweisen Zusammenbruch von Banken und Pensionsfonds ist eine solche Forderung geradezu abenteuerlich! Wer die gesetzliche Pflegeversicherung wirklich auf ein dauerhaft solides finanzielles Fundament stellen will, der muss dafür sorgen, dass alle in dieses System einzahlen.

Sicherheitslage in Leipzig spitzt sich dramatisch zu - DIE LINKE fordert angemessene finanzielle Mittel für die Leipziger Polizei

In Beantwortung meiner beiden Kleinen Anfragen an die Staatsregierung des Freistaates Sachsen zum Thema „Zunehmende Gefährdung der Sicherheitslage in der Stadt Leipzig“ (siehe Drucksache 4/3996 und 4/3997) teilte mir Innenminister Buttolo dieser Tage mit, dass es derzeit in Leipzig fünf ungeklärte Tötungsverbrechen sowie 268 ungeklärte Raubstrafataten in 2008 – also fast jeden Tag einen unaufgeklärten Raub – gibt; darüber hinaus wurden umfangreiche Aktivitäten zum Aufbau fester Strukturen der Rockergruppierungen „Hells Angels MC“ und „Bandidos MC“ registriert sowie zunehmend personelle „Schnittstellen“ zwischen der Rockerszene und der neonazistischen Szene.

Desweiteren informierte Buttolo, dass die rasant ansteigende Gewaltausübung gegenüber den kontrollierenden Beamten seit dem 8. März 2008 zu insgesamt 44 Strafanzeigen unter anderem wegen Bedrohung, Beleidigung oder Widerstandes durch die attackierten Vollstreckungsbeamten geführt haben. Damit wird nunmehr in alarmierenden Zahlen offiziell unterlegt und bestätigt, was in einem internen LKA-Papier bereits vor Wochen stand, dass sich nämlich in Leipzig „auf Dauer ein ernst zu nehmen-

der Brennpunkt für bevorstehende gewalttätige Auseinandersetzungen“ abzeichnet. Auf Grundlage dieser Angaben kann die nicht nur vom „Disco-Krieg“ und steigendem Drogenhandel geprägte Sicherheitslage in unserer Stadt nur noch als dramatisch bezeichnet werden. Wie angesichts einer solchen Situation in der Halbmillionenstadt Leipzig über Mittelkürzungen für die Polizei überhaupt nachgedacht werden kann, bleibt schleierhaft. Weltfremde Pläne, eine abgespeckte Dienststellenstruktur zu schaffen, die sich von Brennpunkten der Kriminalität wegbewegt, sollten ein für allemal begraben werden. Die von der Staatsregierung auf den Weg gebrachte Polizeireform trägt ihren Anteil an der Verschärfung der Situation in Leipzig bei. Die Unzufriedenheit der Polizeivollzugsbeamten ist mit Händen greifbar und auch die steigende Anzahl der Übergriffe auf Polizisten im Dienst spricht eine deutliche Sprache. Wenn dann noch die frustrierende Erkenntnis hinzu kommt, dass die Ermittlungsverfahren nach Monaten oftmals wegen Geringfügigkeit eingestellt und daher Anzeigen wegen Aussichtslosigkeit der angemessenen Bearbeitung durch die Staatsanwaltschaft gar nicht erst mehr

gestellt werden und selbst Dienstvorgesetzte wegen des halbherzigen Agierens der zuständigen Staatsanwaltschaft resigniert abwinken, ist die weitere Demotivation für die Polizisten vorprogrammiert. Bewundernswert ist, dass die Beamten trotz eines kompletten Versagens der Landespolitik und der familienunfreundlichen Dauerdienste noch immer sehr engagiert ihre Arbeit leisten.

Vor diesem geschilderten Hintergrund sehe ich deutlichen und umgehenden Handlungsbedarf bei der Staatsregierung und der Leitungsebene der Leipziger Polizei. Deshalb wird sich DIE LINKE auch weiterhin vehement dafür einsetzen, dass in Leipzig angemessene finanzielle Mittel für die Polizei zur Verfügung stehen, mit denen der angespannten Sicherheitslage entsprochen und einem Anschwellen der Gewaltkriminalität entgegengewirkt werden kann. Sämtliche Polizeistrukturen müssen so beschaffen sein, dass sie dem berechtigten Sicherheitsbedürfnis einer nicht zuletzt alternden Bevölkerung entsprechen und die Beamten selbst keinen unnötigen Gefährdungen aussetzen. Darüber hinaus werden wir künftig noch genauer hinschauen, wie die Staatsanwaltschaft in den Ermittlungsverfahren bei Übergriffen gegen Polizeivollzugsbeamte in Leipzig agiert.

Dr. Volker Külöw

Hat Krieg/Frieden ein weibliches Gesicht?

Über 80 Frauen aus ganz Europa tauschten sich in Leipzig an einem Wochenende im Januar über ihren Kampf für Frieden aus. El-fem, das Frauen-Netzwerk der Europäischen Linkspartei hatte zu einem Seminar in Kooperation mit LISA, der feministischen Frauenarbeitsgemeinschaft der Partei DIE LINKE, eingeladen. Die inhaltliche Vorbereitung der Konferenz erfolgte durch el-fem-Frauen aus Griechenland, Spanien und Deutschland. Für die organisatorischen Dinge vor Ort und die außergewöhnlichen kulturellen Beiträge waren Frauen der AG LISA-Leipzig verantwortlich.

Es gab Simultanübersetzungen in

Englisch, Französisch, Spanisch und Deutsch, so dass alle TeilnehmerInnen verstanden wurden.

Der einführende Vortrag von Christiane Reymann (Deutschland) zeigte den patriarchalen Charakter von Militär und Krieg auf. Jedoch hat Krieg kein männliches Gesicht und Frieden kein weibliches Gesicht.

In den zahlreichen Redebeiträgen ging es um Aufrüstung, Kriege und Kriegsgefahr, aber auch um die Frage, wie schaffen wir Frauen eine Kultur des Friedens. Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Es wurde über Erfahrungen und Forderungen zur UNO-Resolution 1325 (die zum Thema die besondere

Rolle der Frauen bei der Verhinderung von Kriegen, friedlichen Konfliktlösungen und zum Aufbau nachhaltig friedlicher Gesellschaften) diskutiert.

Im Folgenden ist leider nur eine sehr kleine Auswahl der Beiträge möglich. Maria Hagberg berichtete von ihren Aktionen in ihrem Heimatland Schweden. Jana Glivicka ist Sprecherin der technischen Initiative „No bases“ und sprach über ihre Erfahrungen im Kampf gegen die geplanten Raketenbasen der USA. Die Kroatin Borsiljka Schedlich beeindruckte alle TeilnehmerInnen mit ihren persönlichen Gefühlen, Erfahrungen und allgemeingültigen Schlußfolgerungen zum Entstehen des jugoslawischen Bürgerkrieges und des folgenden NATO-Krieges gegen Serbien.

Litsa Doudoumi (Synaspismos, Griechenland) sprach über die Auswirkungen des Nahost-Krieges in ihrem Land und in ganz Europa. Inna Michaeli (Israel, Coalition of women for Peace) erläuterte die Hintergründe des Krieges in Gaza. Zu diesem hochaktuellen Thema entspann sich eine kontroverse Diskussion mit vielen sachlichen Argumenten in einer trotz aller Gegensätze guten Atmosphäre. Zum Abschluß konnte von den TeilnehmerInnen eine gemeinsame Erklärung gegen den Krieg in Gaza verabschiedet werden.

Weitere Informationen: www.lisaleipzig.de, www.europeanleft.org

Ute Singer (LISA-Leipzig)



Aufruf: Bus und Bahn für jeden: Für Sozialtickets in Sachsen!

Brandenburg und Berlin haben es schon. In Sachsen formieren sich Initiativen: Das Sozialticket soll den Nahverkehr auch für Menschen mit geringem Einkommen bezahlbar machen:

Wer an der Gesellschaft teilhaben will, muss auch hinkommen können!

Wir rufen zu einer sachsenweiten Bewegung für die Einführung von Sozialtickets auf regionaler und kommunaler Ebene – finanziert durch den Freistaat Sachsen – auf.

Diese Initiative stützt sich auf die jüngsten Beschlüsse der drei Landesparteitage von Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen, DIE LINKE.Sachsen und SPD Landesverband Sachsen zur Einführung von Sozialtickets in Sachsen.

Leipzig hat gezeigt, dass der Bürgerwil-

le einerseits erfolgreich auch eine politische Mehrheit findet, andererseits die demokratische Selbstverwaltung an seine Grenzen stößt. Deshalb rufen wir nunmehr zu einer breiten landesweiten Bewegung für die Unterstützung der Forderung nach Mobilität für alle! auf. Bildet in Euren Kreisen und kreisfreien Städten Initiativen, die das Anliegen bekannt machen und durch eine Unterschriftensammlung ab Februar 2009 unterstützen!

Schließt Euch diesem Aufruf an!

Erstunterzeichner:

DGB Bezirk Sachsen

IG Metall Bezirk Brandenburg-Sachsen

ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-

Anhalt, Thüringen

GEW Landesverband Sachsen

Landesverband DIE LINKE.Sachsen

SPD Landesverband Sachsen

Landesverband Bündnis 90 / Die Grünen in Sachsen

Volkssolidarität Landesverband Sachsen e.V.

Mehr Demokratie e.V. in Sachsen

attac Leipzig

Bürgerinitiative „Leipzig braucht ein Sozialticket“

Dresdner Initiative für ein Sozialticket Sozialbündnis des Landkreises Görlitz mit

- BI gegen Hartz IV und Sozialabbau Niesky und Weißwasser

- Görlitzer Montagsdemo „Die Originale“

- Zittauer Arbeitskreis für soziale Gerechtigkeit

Petra Weißfuß

Vor der Bundestagswahl Luft holen und Kraft schöpfen... zum Beispiel in Mala Upa

Die tschechischen Genossen erwarten uns. Auch im Superwahljahr 2009 findet am 29. August in Mala Upa wieder das traditionelle ANTIFA-Treffen statt. Diese Zusammenkunft ist getragen von internationaler Solidarität und dem Willen zum Kampf gegen Neofaschismus und Krieg. Wie in den vergangenen Jahren werden wir uns mit tschechischen, polnischen und deutschen Antifaschisten treffen und Erfahrungen austauschen.

Die Teilnehmer der zurückliegenden Reisen wissen, dass es immer sehr emotionale Treffen unter Gleichgesinnten waren, unabhängig davon aus welchem Land die Teilnehmer kamen. Die Atmosphäre gab Mut für den Kampf um Gerechtigkeit und bestärkte das

Zusammengehörigkeitsgefühl.

Dieses Jahr organisiert das linke Reisebüro TUK eine vier Tage Reise ins Riesengebirge. Die Fahrt ist vom 27. August 2009 bis 30. August 2009 geplant, das heißt einen Tag länger als im Vorjahr. Dadurch haben wir die Möglichkeit am 28. August einige der schönsten Plätze des Riesengebirges zu besuchen. Angeboten werden u. a. die Glasbläserei und die Brauerei in Harrachov zu besuchen, eine kleine Wanderung zu den Wasserfällen der Mumlava zu unternehmen und in Vrchlavi das Riesengebirgsmuseum zu besichtigen.

Am 29. August fährt uns der Bus zum ANTIFA-Treffen und anschließend nach Pec, wo diejenigen, die nicht mehr am

Aufstieg zur Schneekoppe teilnehmen können, mit dem Lift fahren, mit der Touristenbahn eine Entdeckungsreise unternehmen oder den Ort per Fuß in Augenschein nehmen können. Auf der Heimfahrt wird es eine Rast und die Gelegenheit zu einem Bummel in der historisch schönen Stadt Bautzen geben.

Der Preis pro Person im Doppelzimmer/Halbpension im Hotel „Patria“ in Trutnov beträgt 275,- Euro/ EZ-Zuschlag 24-Euro.

Interessierte Teilnehmer melden sich bitte beim Stadtvorstand Leipzig DIE LINKE, Genn. Deutschmann Tel. 14064411 oder bei G. Uhlig 0341 6883502.

Unsere Wahlpflicht zur Landtagswahl können wir per Briefwahl absichern.

AG Reisen/AG Senioren

Wohnungspolitische Strategie der Stadt erfordert Nachbesserungen im Integrierten Stadtentwicklungskonzept (SEKO) zur LVZ vom 04.02.2009

Die Fraktion DIE LINKE begrüßt die Präzisierungen im Wohnungspolitischen Konzept. Dies zeigt, wie notwendig die Initiative von Stadträten mehrerer Fraktionen zu seiner Überarbeitung im Jahr 2006 war.

Gestärkt wird auch die Mehrheit der Bürgerschaft in Ihrer Ablehnung von Privatisierungen, da die Verwaltung feststellt, dass die LWB und die Wohnungsgenossenschaften mit ihren spezifischen Formen von Gemeinschaftseigentum von größeren Interessengruppen befragt sind. Sie versorgen ein Drittel einkommensschwacher Haushalte ausreichend und menschenwürdig mit Wohnungen.

Unsere Fraktion sieht ihre seit längerem vertretene Position bestätigt, dass Stadtumbau verträglicher ist, wenn sich entsprechend dem Bedarf alle Stadtteile beteiligen und Wohnungsbestände aller Altersklassen auf den Prüfstand kommen. Ein „Ausspielen“ von Großsiedlungen gegen Gründerzeitbestände darf es nicht geben. Deshalb dürfen auch nicht flächendeckend große Stadträume als denkmalgeschützte Gebiete ausgewiesen werden, in denen jeglicher Stadtumbau ausgeschlossen

ist. Vielmehr müssen, wie auf Anregung von Stadträten bereits im Stadtentwicklungsplan Stadterneuerung von 2000 enthalten, städtebaulich unverzichtbare, ein Quartier charakterisierende Straßenzüge im Plan enthalten und bedeutsame noch zu sanierende Einzelbaudenkmale aufgelistet sein.

Die LWB und die Wohnungsgenossenschaften haben seit längerem erkannt, dass in der Entwicklung ihrer Bestände nicht nur demografischer, sondern auch sozialer Wandel zu beachten ist. Das heißt, mit den Wohnungsangeboten ist ebenso den sich ändernden Einkommensverhältnissen Rechnung zu tragen.

Was „neue Wohnformen“ angeht, sind neben notwendigen Pflegeheimen und betreuten Wohnformen in jedem Stadtteil auch Angebote zu schaffen, die es Senioren erlauben, möglichst lange selbstbestimmt in ihrer Umgebung verbleiben zu können. Da Behinderungen vielfältig sind, ist es nicht erforderlich, dass jede Seniorenwohnung alle Anforderungen an eine rollstuhlgerechte Wohnung erfüllt. Deshalb dürften zukünftig immer mehr Ältere jene Seniorenwohnungen nachfragen,

die einerseits deren Bezahlbarkeit und Pflege ermöglichen, auch wenn nur ein Partner übrig bleibt, und zum anderen Bewegungsmöglichkeiten bei körperlichen Behinderungen gewährleisten. Vor diesem Hintergrund ist auch in Sachsen beim Stadtumbau der Teilerückbau im Gegensatz zur bisherigen Strategie des Totalrückbaus zu prüfen. So kann bei 2- bis 3-Geschossigkeit auf den Einbau eines Aufzugs verzichtet werden, was sich mindernd auf Miete und Betriebskosten auswirkt.

Es sollten nicht ausschließlich Mehrgenerationenhäuser gefördert werden. Neben gemeinschaftlich genutzten Räumen und Freianlagen, die gegenseitige Besuche und Hilfe befördern, müssen gleichzeitig Rückzugsmöglichkeiten vorhanden sein. Dies geschieht einerseits durch die Wohnung selbst sowie Balkone oder Terrassen, aber ebenso durch räumlich getrennte Wohnungsangebote für Senioren und Familien in einer Wohnanlage. Was die Barrierefreiheit öffentlich genutzter Gebäude und Freiräume angeht, gibt es spätestens seit dem internationalen Jahr der Behinderten 1981 Vorschriften und Beschlüsse, die konsequent beachtet werden müssen.

Siegfried Schlegel

Kostenlose Nutzung der Bibliotheken

Nach Medienberichterstattungen erwägt die Stadt, die Altersgrenze für die kostenlose Nutzung der Stadtbibliothek von 14 auf 18 Jahre anzuheben. Dies soll geprüft werden.

Wir begrüßen, dass der Oberbürgermeister damit den Haushaltsantrag der Linksfraktion unterstützt, der bereits am 19. Dezember 2008 eingereicht

worden ist und die Anhebung der Altersgrenze auf 18 Jahre vorsieht. Wir erwarten, dass das Prüfergebnis bis zur Beschlussfassung des Haushalts am 25. Februar 2009 vorliegt. Damit stünde einem positiven Votum zu unserem Antrag nichts mehr im Wege. Erinnert sei auch daran, dass bereits der Wegfall der Nutzungsgebühr für Kinder bis 14 Jahre auf einen im Stadtrat po-

sitiv beschiedenen Antrag der Linksfraktion zurückgeht. Dies hat zu einem deutlichen Anstieg der Nutzer in dieser Altersgruppe geführt. Durch die Anhebung der Altersgrenze auf 18 Jahre ist ein ähnlicher Effekt zu erwarten.

Dies sind wichtige Schritte zu einer kinder- und familienfreundlichen Stadt.

Dr. Ilse Lauter
Fraktionsvorsitzende

Investitionspauschale zur Sanierung von Kitas, Schulen und Sporthallen ohne kommunalen Eigenanteil ausreichen

Die im Rahmen des Konjunkturpaketes des Bundes für die Sanierung von Kindertagesstätten, Schulen und Sporthallen bereit gestellten zusätzlichen Gelder müssen ausnahmsweise ohne kommunalen Eigenanteil ausgereicht werden. Gleichzeitig muss der Neubau von Kindertagesstätten in jenen Städten und Stadtbezirken gefördert werden, die ein großes Defizit an derartigen Plätzen aufweisen und über nachhaltige und langfristig angelegte integrierte Stadtentwicklungsprogramme bzw. -konzepte verfügen. Dies muss mit einer Verbesserung der Bildungs-

und Betreuungsangebote durch bessere Ausstattung der Kitas und Schulen, Lehr- und Lernmittel sowie kleinere Klassen- bzw. Gruppenteiler kombiniert werden. Dazu muss kein zusätzliches Geld aufgewandt werden. Unabhängig davon sind die Kommunen angehalten, vorausgesetzt sie sind finanzstark, eigenes Geld für die Sanierung ihrer Kommunalbauten einzusetzen.

Mit einer Investitionspauschale ohne kommunalen Eigenanteil werden alle, also auch finanzschwache Kommunen in die Lage versetzt, dringend sanierungsbedürftige Bildungs- und Sozial-

einrichtungen instand zu setzen. Gerade die finanzschwachen Kommunen dürften am meisten von Sanierungsstatus an ihren kommunalen Gebäuden betroffen sein. Deshalb ist abzusichern, dass auch sie die Förderung entsprechend dem Bevölkerungsschlüssel in voller Höhe nutzen können. Gleichzeitig muss verhindert werden, dass Kommunen lang gehegte Träume für überdimensionierte Luxusbauten realisieren. Statt vordergründig in Material und Technik, muss in einem solchen Konjunkturprogramm in Arbeitsplätze investiert werden. Trotz der gebotenen Eile darf dabei das Vergaberecht nicht außer Kraft gesetzt und durch freihändige Vergaben ohne Ausschreibungsverfahren mit korrekten Leistungsverzeichnissen ersetzt werden. Im Rahmen des geltenden Vergaberechts besteht die Möglichkeit, mittels Rahmenzeitverträgen kleinräumige Straßeninstandsetzungen vorzunehmen. Innerhalb beschränkter Ausschreibungen sollten Straßendeckensanierungsprogramme initiiert und umgesetzt werden. Darüber hinaus muss geregelt werden, dass dafür keine Straßenausbaubeiträge erhoben werden müssen. Solche dringend notwendigen Instandsetzungs- und Sanierungsprogramme sind beschäftigungsintensiv. Dies entspricht auch dem wesentlichen Anliegen des Konjunkturprogramms, die Zunahme der Arbeitslosigkeit infolge der Wirtschaftskrise einzudämmen. Die Stadt Leipzig sollte sich dafür auch im Interesse anderer Kommunen bei Bund und Freistaat Sachsen stark machen.

Siegfried Schlegel
Sprecher für Stadtentwicklung

Buchpremiere

Burghard Ciesla/Dirk Külow:
Zwischen den Zeilen –
Geschichte der Zeitung »Neues Deutschland«



Podiumsgespräch & Buchpremiere

mit Prof. Lothar Bisky, Herausgeber von »Neues Deutschland«
und Prof. Dr. Bernd Lindner (Leipzig), Peter Pragal (Berlin),
Dr. Wolfgang Spickermann (Berlin)
Moderation: Hanno Harnisch, ND-Feuilleton

12. März 2009
Leipzig
20.15 Uhr

Lehmanns Buchhandlung
Grimmaische Straße 10
04109 Leipzig

Das Buch ist erschienen im Verlag Das Neue Berlin
24,90 EUR, ISBN 3360019202

Neues Deutschland

Druck von Links.

Jetzt bestellen:
ND-Shop
Tel.: 030 2978-1777
www.neues-deutschland.de/shop
buecherservice@nd-online.de

Regelmäßige Termine

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr

AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG Behindertenpolitik

jeden 3. Dienstag, 15:00 Uhr,

Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 6

AG Betrieb & Gewerkschaft

jeden 2. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Cuba si

jeden 2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Diskurs

jeden 1. Montag, 18:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

jeden 1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Kunst und Kultur

letzter Donnerstag, 18:00 Uhr

AG Lisa

jeden 3. Montag, 19:00 Uhr

AG Praktika

dienstags, 19:00 Uhr

AG Senioren

jeden 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr, linxxnet.

AG Tollwut

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

GBM e. V. – Sprechstunden

jeden 1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

jeden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

jeden 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a

Kommunistische Plattform

jeden 1. Donnerstag, 18:30 Uhr

Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

Rentenberatung

nach telefonischer Vereinbarung

Die Linke.SDS

mittwochs, 19:30 Uhr, Carl-Ludwig-Institut, Seminarraum 4, Liebigstraße 27a

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. und 4. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Terminvorschau

Sa., 21. Februar 2009 - 9:00 Uhr

5. Tagung des 1. Stadtparteitages zum Wahlprogramm. Veranstaltungssaal LVB, Angerbrücke, Jahnallee 56

Sa., 21. Februar 2009 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen. Gezeigt wird der Film: "Planet Gieszer". Der Eintritt ist frei, LHL.

Mo., 23. Februar 2009 - 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL Cornelia Falken, Bürgerbüro Georg-Schumann-Str. 112.

Di., 24. Februar 2009 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Mythologie und Vernunft in der Geschichtsphilosophie des späten Schelling. Mit Dr. Werner Wittenberger. Moderation: Prof. Dr. Horst Pickert, RLS.

Mi., 25. Februar 2009 - 18:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: Mit Tschingis Aitmatow auf dem Jahrhundertweg. Eine Nachlese zum 80. Geburtstag. Mit Dr. Adelheid Latchinian, Leipzig, Klub Gshelka, An der Kotsche 51.

Do., 26. Februar 2009 - 14:00 Uhr

Bürgersprechstunde der Stadträtinnen Anne Draheim und Carola Lange, Bürgerbüro MdB Dr. Barbara Höll, Gorkistraße 120.

Do., 26. Februar 2009 - 19:00 Uhr

Alle reden über die Krise - Wir auch! Diskussionsveranstaltung mit Caren Lay (MdL),

Michael Heinrich (Politikwissenschaftler), Moderation: Bernd Beier, Jungle World. veranstaltet von Jungle World, Disko e.V. und Conne Island, Koburger Straße 3.

So., 1. März 2009 - 18:00 Uhr

Vernissage mit Bildern von Anna Bregulla, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Georg-Schumann-Straße 112.

Mo., 2. März 2009 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit Stadtrat und MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Stuttgarter Allee 6.

Di., 3. März 2009 - 18:00 Uhr

Marxistisches Forum Leipzig: Podiumsdiskussion: Der Revisionismus und die Ursachen der Niederlage des Sozialismus. Diskussion mit den Autoren des Heftes 56 des Marxistischen Forums, LHL.

Di., 3. März 2009 - 19:00 Uhr

Finisage zur Ausstellung: Filmvorführung "Die Auschwitz-Dialoge", Polen/Deutschland 2007 / 60 Min, linxxnet.

Do., 5. März 2009 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Internationaler Frauentag 2009, LHL.

Do., 12. März 2009 - 18:00 Uhr

Report aus Berlin mit MdB Dr. Barbara Höll: Neuigkeiten und interessante Inhalte aus dem Deutschen Bundestag, LHL.

Fr., 13. März 2009 - 18:00 Uhr

Buchmesse: Kontrollverluste. Interventionen gegen Überwachung. Buchvorstellung mit der Leipziger Kamera (Hrg.) und AutorInnen des Buches, linxxnet.

Fr. 13. März 2009 - 18:00 Uhr

Buchlesung von Leipzigs Neue mit dem Autor Erik Neutzsch, LHL.

Sa., 14. März 2009 - 9:00 Uhr

Vertreterversammlung zur Kommunalwahl 2009, Ordnungsamt, Prager Straße 20.

Sa., 14. März 2009 - 19:00 Uhr

Buchmesse: "Ich revoltiere, also sind wir." Nach dem Mauerfall: Diskussion um Albert Camus' Der Mensch in der Revolte. Buchpräsentation mit der Herausgeberin Brigitte Sändig Verlag Graswurzelrevolution, linxxnet.

Mo., 16. März 2009 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit Stadtrat und MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Stuttgarter Allee 6

Mi., 18. März 2009 - 18:00 Uhr

Bildungsabend: Die Konfliktzone um das Horn von Afrika zwischen „Antiterrorkrieg“ und Piraterie. Diskussionspartner: Dr. habil Jürgen Kunze, Afrikanist und Soziologe, Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a.

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18, web: www.die-linke-in-leipzig.de, email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig, Konto-Nr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann, Christine Halle, Andreas Kermer, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Fotos: Gerd Eiltzer

Gestaltung: Sören Pellmann

Druck: Stadt Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 3/2009 ist Donnerstag, 5. März 2009. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.